

## Lieber ZaunkönigIn als RentnerIn!

Während der Zaunkönig sich des Lebens als „Vogel des Jahres“ erfreuen kann, zählt wohl die Spezies der zukünftigen und jetzigen RentnerInnen zu den „Gerupften des Jahres“.

Für Politik und Wirtschaft mutierten abhängig Beschäftigte, EmpfängerInnen von Sozialversicherungsleistungen zu „Standortnachteilen“. Öffentlichkeitswirksam wurde die angebliche Unbezahlbarkeit der Rentenversicherung und Fettlebe der RentnerInnen in Szene gesetzt. Auch Sozialversicherungen wurden von gesellschaftlichen Errungenschaften zu „Standortnachteilen“ umdefiniert. Gezielt wurden Alte und Junge, Arbeitende und Arbeitslose... gegeneinander ausgespielt und das Ende der gesetzlichen Rentenversicherung propagiert. Private Vorsorge wurde zum Muss für einen Lebensabend in Würde erklärt. Fragt sich nur, wer sich das bei sinkenden Reallöhnen und Massenarbeitslosigkeit leisten können wird. Aber das interessiert Politik und Wirtschaft nicht. Maximale Gewinne der Wirtschaft sind das Ziel.

Das Programm der Umverteilung von Unten nach Oben wurde Agenda 2010 getauft und von allen Parteien und der Wirtschaft gemeinsam durchgesetzt.

Beschlossen wurde:

- RentnerInnen müssen ab dem 1. April 2004 den vollen Beitrag zur Pflegeversicherung bezahlen. Bisher mussten sie nur die Hälfte des Beitrages von 1,7 Prozent tragen.
- Ab Ende März wird die Auszahlung der Rente vom 30. auf den 31. des jeweiligen Monats verschoben.
- Ab dem 1. April erhalten NeurentnerInnen die 1. Rentenzahlung erst am Ende des Monats.
- Die Rentenanpassung zum 1. Juli 2004 fällt aus. Das Jahr 2004 wird als das erste Jahr mit einer auch nominalen Rentensenkung in die Geschichte eingehen.
- Ab 2005 soll ein „Nachhaltigkeitsfaktor“ eingeführt werden. Bei den jährlichen Rentenanpassungen wird dadurch das Zahlenverhältnis von Erwerbstätigen und RentnerInnen berücksichtigt. Praktisch werden damit die RentnerInnen von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt und müssen Kaufkraftverluste hinnehmen. Angepeilt ist die Absenkung des Bruttorentenniveaus von 53 auf 46 Prozent.
- Das frühestmögliche Renteneintrittsalter nach Arbeitslosigkeit oder Altersteilzeit soll von 2006 bis 2008 schrittweise von 60 auf 63 Jahre erhöht werden.
- Zeiten der schulischen Ausbildung sollen ab dem Jahr 2005 nicht mehr auf die Höhe der Rente angerechnet werden. Bisher werden 3 Jahre schulische Ausbildung nach dem 17. Lebensjahr angerechnet. Mit dieser Regelung verliert ein abhängig Beschäftigter, mit einer dreijährigen schulischen Ausbildung mit einem Schlag 58,80 Euro monatlichen Rentenanspruch.
- Seit dem 1. Januar müssen auf Betriebsrenten die vollen Krankenkassenbeiträge bezahlt werden. Die Nettoauszahlungen verringerten sich für die Betroffenen um bis zu 7,5 Prozent.

Aber auch diese Kürzungen genügen der Wirtschaft noch nicht. In seiner „Agenda 2004“ fordert Arbeitgeberpräsident Hundt u.a.:

- Konzentration der Hinterbliebenenversorgung (Witwen- und Waisenrenten) auf Fälle, in denen ein sozialer Ausgleich erforderlich ist.
- Die Rücknahme der außerordentlichen Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze zum 1. Januar 2003. Soll heißen: Besserverdienende sollen verstärkt von der Rentenversicherungspflicht befreit werden.
- Die Abschaffung der Rente für Schwerbehinderte.
- Heraufsetzung der Abschläge bei vorzeitigem Rentenbeginn, ggf. schrittweise, von 0,3 auf 0,5 Prozent pro Monat.

### So werden RentnerInnen "verwöhnt"!

Rentner aus Westdeutschland bekommen durchschnittlich 978 Euro Rente im Monat, Rentnerinnen 479 Euro.

Rentner aus Ostdeutschland bekommen im Durchschnitt 1031 Euro an Monatsrente, Rentnerinnen 655 Euro. (Stand 31.12.2003)

Die Willfährigkeit von PolitikerInnen bei der Umsetzung von „Vorschlägen“ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände läßt Böses erahnen.

ZaunkönigInnen wurden wegen ihrer Schutzwürdigkeit zum Vogel des Jahres. Mit der Schutzwürdigkeit jetziger und zukünftiger RentnerInnen-Generationen sieht es wohl eher schlecht aus. Ja schlecht sieht es aus – außer wenn sich die Betroffenen gemeinsam gegen den Sozialabbau wehren und ihre Interessen offensiv vertreten!

**Die Gruppe "genug ist genug" ruft auf zur Teilnahme an den**

## **Demonstrationen gegen Sozialabbau**

**am 3. April 2004 in Köln, Stuttgart und Berlin auf.**

Ab Herford, Bünde, Löhne und Vlotho hat die IG-Metall Busse nach Köln organisiert.

Die Abfahrtszeit der Busse ist 8.00 Uhr.

Informationen und Anmeldung bei der IG-Metall (05221-163260) oder bei uns (05221-389746).

## Die Herforder Gruppe "genug ist genug" unterstützt den

### Frankfurter Appell gegen Sozial- und Lohnabbau

Die Große Koalition in Berlin hat die Agenda 2010 beschlossen.  
Wir lehnen sie ab. Weitere Verschlechterungen sind bereits angekündigt.

#### Wir wollen und werden nicht hinnehmen,

- dass die von den Lohnabhängigen erkämpften Sozialleistungen (Unterstützungen für Arbeitslose, Renten, Gesundheitsversorgung usw.) immer mehr ausgehöhlt und beseitigt werden und
- dass das Lohnniveau über die Aushöhlung von Tarifverträgen, über Arbeitszeitverlängerung und über wachsenden Druck auf Erwerbslose gesenkt wird.

#### Arbeit um jeden Preis ist für uns unzumutbar.

Nicht die angebliche Anspruchshaltung der Arbeitslosen, der Rentner oder das „Besitzstandsdenken“ der Beschäftigten ist das Problem, sondern das Profitstreben des Kapitals und der Reichen sowie eine Wirtschaftspolitik, die ausschließlich deren Profitansprüchen verpflichtet ist. Wir sehen keinen Sinn darin, dass von Anlegern x Milliarden Euro bei riskanten Finanzanlagen verbrannt oder ins Ausland verlagert werden, während wir auf das Notwendigste verzichten sollen. Wir sehen auch nicht ein, dass Sozialleistungen deshalb abgebaut werden, um Kriegseinsätze der Bundeswehr weltweit zu finanzieren.

Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen verarmen, während Kapitalbesitzer und Vermögende immer reicher werden. Es ist eine Lüge, dass wir uns eine gute Bildung für alle, gut ausgestattete Kindergärten, eine ausgebaute öffentliche Infrastruktur und öffentlichen Wohnungsbau nicht mehr leisten können. Die Kassen sind leer, weil die Unternehmen dank der „Steuerreformen“ immer weniger Gewinnsteuern zahlen und weil sie gleichzeitig immer mehr Arbeitskräfte arbeitslos machen. U.a. deswegen, weil sie Arbeitszeitverlängerungen durchsetzen.

Wir sind nicht bereit, uns gegen unsere Kollegen/innen und Mitbürger/innen in anderen Ländern in einen internationalen Dumpingwettbewerb um die geringsten Arbeitskosten und billigsten Sozialsysteme treiben zu lassen. Die Regierungschefs der EU aber wollen genau das. Sie wollen mit Hilfe von Sozial- und Lohnabbau die USA bis 2010 als stärkste Wirtschaftsmacht ablösen. Deshalb Agenda 2010. Das ist nicht unser Ziel.

Wir sehen nicht ein, dass es uns immer schlechter gehen soll, während unsere Produktivität zunimmt und der von uns erarbeitete Reichtum Jahr für Jahr wächst.

#### Wir fordern

- einen gesetzlichen Mindestlohn, der zum Leben reicht,
- ein ausreichendes garantiertes Mindesteinkommen für alle Erwerbslosen, ohne Bedürftigkeitsprüfung,
- die Senkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre, ohne Abschläge
- eine einheitliche, bedarfsdeckende Krankenversicherung.
- die Rücknahme der Gewinnsteuersenkungen und die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer,
- den uneingeschränkten Zugang zu und den Ausbau von Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen (keine Studiengebühren und andere Gebührenerhöhungen; keine Eliteuniversitäten)
- keine Privatisierung der Sozialversicherung und der öffentlichen Einrichtungen
- massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- qualifizierte Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen.

**Dazu gibt es für uns keine Alternative.**

## Agenda Sozialabbau

Seit Verkündung der Agenda 2010 vor einem Jahr sanken statt der Arbeitslosenzahlen ausschließlich die Reallöhne und die Stimmung bei Erwerbslosen, abhängig Beschäftigten und RentnerInnen. Auch wenn es nicht stimmungsaufhellend wirkt, möchten wir an dieser Stelle noch einmal die wichtigsten Beschlüsse der Agenda 2010 dokumentieren.

### Kürzungen bei der

### Krankenversicherung

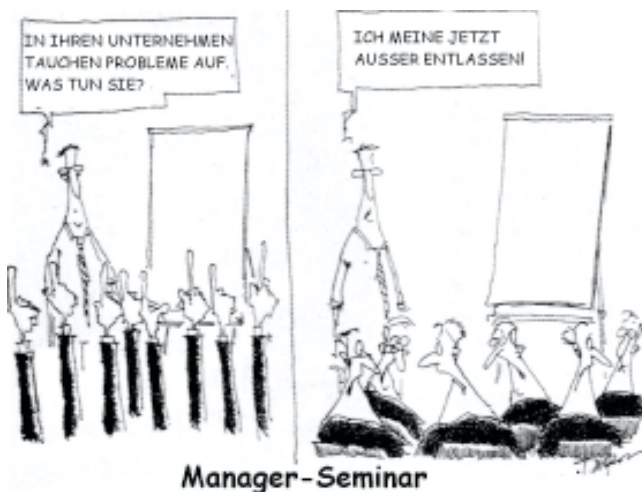
- Der Zahnersatz gehört ab 2005 und das Krankengeld ab 2007 nicht mehr zu den Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen. JedeR muss sich dann privat gegen diese Risiken versichern.
- Patienten sollen generell 10% der Medikamentenkosten, mindestens 5 Euro, maximal 10 Euro, tragen.
- 10 Euro Eintrittspreis werden seit dem 1. Januar bei ambulanter ärztlicher und zahnärztlicher Behandlung je Quartal und Behandlungsfall fällig. Erfolgt eine Behandlung beim Facharzt auf Überweisung, entfällt dort die Zahlung.
- Bei Heil- und Hilfsmitteln, häuslichen Pflegeleistungen und Fahrten in Kranken- und Notfallwagen sind ebenfalls je 10 Euro zu zahlen.
- Bei Krankenhausaufenthalten fallen täglich 10 Euro Gebühr für maximal 28 Tage pro Jahr an.
- Nicht mehr bezahlt werden:
  - nicht verschreibungspflichtige Medikamente, Taxifahrten zur ambulanten Behandlung, das Sterbegeld, Sterilisation aus nicht-medizinischen Gründen und das Entbindungsgeld. Sehilfen erstattet die Kasse nur noch für Jugendliche bis 18 und schwer Sehbehinderte.
- Alle bisherigen Kostenbefreiungen (auch die der RentnerInnen und SozialhilfeempfängerInnen) verloren ihre Gültigkeit. Auch chronisch Kranke und Sozialhilfeempfänger müssen die Zuzahlungen leisten. Dafür sind Obergrenzen für die Zuzahlungen vorgesehen: Bei chronisch Kranken 1 Prozent des Jahreseinkommens, bei allen anderen zwei Prozent. Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr sind weiterhin befreit.



## Kürzungen bei den Erwerbslosen

Ende Februar 2003 stehen im Arbeitsamtsbezirk Herford für 27.730 Arbeitlose 1.115 gemeldete Stellen zur Verfügung. Bundesweit gibt es 4,641 Millionen registrierte Arbeitslose bei 309.064 offenen Stellen. Die meisten angebotenen Stellen sind schlecht bezahlte Jobs ohne Tarifbindung, Minijobs oder Zeitarbeitsplätze. Die reale Zahl der Erwerbslosen wurde durch mannigfaltige Tricks herunterdefiniert.

- Seit dem 1. Januar 2004 ist die maximale Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes generell auf 12 Monate begrenzt und für über 55jährige auf 18 Monate reduziert. Vorher hatten Arbeitslose ab 45, je nach Lebensalter, einen Anspruch bis zu 32 Monaten.
- Das Arbeitslosengeld II soll ab dem 1. Januar 2005 die bisherige Arbeitslosenhilfe "ersetzen". Es ist der Sozialhilfe angeglichen und beträgt monatlich 345 Euro plus Erstattungen für Wohnen und Heizen. In den ersten beiden Jahren des Bezuges gibt es noch Zuschläge (+160/+80 Euro).



Manager-Seminar

- Arbeitslosengeld II kann bezogen werden, wenn das eigene "Vermögen" ausgegeben ist. Das betrifft auch private Lebens- und Rentenversicherungen. Ausgenommen sind die Riester-Rente, selbstgenutzter Immobilienbesitz bis zu einer bestimmten Quadratmeterzahl und ein "Schonvermögen" von 400 Euro pro Lebensjahr.
- BezieherInnen von Alg II müssen außerdem jede legale Beschäftigung annehmen, auch Minijobs oder Zeitarbeit. Mindestlöhne gibt es nicht. Bei Ablehnung einer angebotenen Beschäftigung wird das Alg II für die Dauer von 3 Monaten um 30% gekürzt. Bei weiteren Ablehnungen kann das Alg II in 2 Schritten jeweils um weitere 30% gekürzt werden.
- Lehnen junge Menschen unter 25 ein Angebot ab, so wird das Alg II für die Dauer von 3 Monaten vollständig gestrichen.

## Jetzt geht's los!?

Der Aufruf des DGB zu den Antisozialabbau-Demonstrationen am 3.4. könnte als Klassiker des Fehlstarts in die Geschichte eingehen. Vor einem Jahr, am 13. März 2003, verkündete Kanzler Schröder seine Agenda 2010. Im Mai 2003 verkündete der DGB, dass er vorerst keinen aktiven Widerstand gegen den Sozialabbau mehr leisten wolle. Folgerichtig rief er dann auch nicht zu der Antisozialabbau-Demonstration in Berlin (an der immerhin mehr als 100.000 Leute teilnahmen) auf.

Während des vom DGB verkündeten sozialpartnerschaftlichen Friedens und des Peters-Zwivel-Sommertheaters der IG-Metall setzte die SPD/Grünen-Regierung den größten Sozialabbau seit Bestehen der Bundesrepublik durch. Konsequenter Widerstand leisteten einzig die unabhängigen Antisozialabbaugruppen, deren Aktivitäten letztlich zu der 100.000-Demonstration in Berlin führten.

Die Gewerkschaftsführung, per Eigendefinition VertreterIn der Interessen der Arbeit'nehmer'Innen, versagte vollständig und führte lieber Gespräche mit Regierungsvertretern, als den Widerstand gegen den Sozialabbau zu organisieren.

Nun im Jahre 2004, nachdem die meisten Beschlüsse zum Sozialabbau, sei es zur Rentenversicherung, zum Arbeitslosengeld, zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, zur Gesundheitsreform durchgesetzt sind, schwingt sich der DGB zum großen Kämpfer gegen den Sozialabbau auf. Dabei zeigt sich der DGB nicht etwa bescheiden. Nein, ohne die OrganisatorInnen der Berliner Demonstration einzubeziehen, meldete der DGB eigenmächtig die Demonstrationen in Berlin, Stuttgart und Köln an. Ebenso selbstherrlich legten sie die Rednerlisten für die Demonstrationen fest.

Trotzdem rufen wir zur Teilnahme an den Demonstrationen auf. Es gilt massenhaft Flagge gegen Sozialabbau und Lohndumping zu zeigen.

Aber nutzen wir die Demonstration auch, um gegen die Politik der Gewerkschaftsführung zu demonstrieren und die GewerkschafterInnen an der Basis, die mit der Politik ihrer Führung nicht einverstanden sind, zu stützen.

## Ideen aus der Opposition

Es ist bekannt, dass nicht nur die Regierung das Privileg hat, auf dumme Gedanken zu kommen. Vielmehr liefern sich unsere Parteien im Moment einen Überbietungswettbewerb im Produzieren von gefährlichem Unsinn.

Die Union strebt eine massive Lockerung des Kündigungsschutzes an: Die Laufzeit von befristeten Arbeitsverträgen soll nach Vorstellung der "Christ"-Demokraten von zwei auf vier Jahre verlängert werden.

Wer älter ist als 50 büßt den Kündigungsschutz ein, wenn das Unternehmen mit ihm eine Abfindungsregelung vereinbart.

Langzeitarbeitslose sollen im ersten Jahr ihrer Beschäftigung unter Tarif bezahlt werden. Das wäre ein massiver Eingriff in das Tarifrecht. Für die Betriebe wird es lohnend, Beschäftigte aus Normalarbeitsverhältnissen zu entlassen und stattdessen Langzeitarbeitslose zu beschäftigen, die nach genau einem Jahr wieder gekündigt werden.

nach genau einem Jahr wieder gekündigt werden.

Steuersenkungen vor allem für Spitzenverdiener sind auch hier der Renner. In einem ersten Schritt sollen bei der Einkommenssteuer die Spitzensteuersätze von heute 42 auf 36 Prozent gesenkt werden. Später soll dann der Stufentarif á la Friedrich Merz folgen. Zu erwartende Steuerausfälle: 10 Milliarden Euro.

Schadlos halten will man sich bei den Beschäftigten: Weitere Kürzung der Pendlerpauschale von 30 auf 25 Cent und nur noch bis zum 50. Kilometer, Abschaffung der steuerfreien Nacht- und Feiertagszuschläge bis 2010.

**Es sind die Spitzenverdiener, die profitieren, Arbeitnehmern mit geringem und mittlerem Einkommen droht ein sattes Minusgeschäft.**

Und niemand sollte sich durch die Rücknahme täuschen lassen. Sobald das "Superwahljahr" vorbei ist, drohen von Seiten der CDU/CSU:

- Aussetzen des Kündigungsschutzes für die ersten vier Jahre, völliger Wegfall des Kündigungsschutzes für über 50-jährige,
- massive Erleichterungen für die Unternehmen beim Ausstieg aus den Tariflöhnen,
- Kürzung von Arbeitslosengeld I um ein Viertel im ersten Monat,
- Das Recht auf Teilzeitarbeit soll abgeschafft, die Ausbildungsverordnung "dereguliert" werden.

Schönen Dank auch.

## Endlosschleife

"MARTa wird aus EON-Gewinnen finanziert - MARTa kostet der Stadt Herford nichts."

Mit der Penetranz eines Hare-Krishna-Jüngers wiederholt Bürgermeister Gabriel diese Aussagen. Aber: Auch endlose Wiederholungen machen aus einer Unwahrheit noch keine Wahrheit. Gabriels Logik folgend, gäbe es ohne MARTa keine EON-Gewinne, würden diese ins Nirvana verschwinden.

Das dem nicht so wäre, ist wohl offensichtlich. Die Gewinne würden da landen, wo sie hingehören, nämlich im städtischen Haushalt. Aus den Gewinnen könnten Jugend- und Sozialprojekte finanziert, Schulen renoviert und Arbeitskräfte ordentlich bezahlt werden.

Stattdessen finden seit Jahren notwendige Renovierungen an Schulen und anderen städtischen Einrichtungen wegen angeblichen Geldmangels nicht statt. Noch im Januar verkündete Bürgermeister Gabriel, dass an Schulen kein besonderer Renovierungsbedarf bestehe und deshalb das Geld für die Schulen gekürzt werden könne. Knapp zwei Wochen später, dem Wahlkampf und Protesten von SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen sei Dank, verkündet Gabriel ein vier - Millionen-Sofortprogramm zur Renovierung der Schulen, allerdings auf Pump. Die EON-Kohle wandert eben in die Goebenstrasse. Die Zinsen zahlen ja nur die BürgerInnen.

Nicht das wir denen, die sich den Eintritt leisten können, ihr Refugium nicht gönnen würden. Aber es kann nicht sein, dass das "Leuchtturmprojekt" auf Kosten von Schulen, Jugend- und Sozialeinrichtungen finanziert wird. Der Personalabbau bei der Stadt wird auch nicht durch die prophezeiten (bekanntlich nicht gerade großzügig honorierten) zusätzlichen Jobs in der Gastronomie wettgemacht. Wir können an dieser Stelle nur dazu auffordern, sich gegen alle Kürzungen und Einsparungen zu wehren. "genug ist genug" wird alle Initiativen der Betroffenen unterstützen.

## Widerstand lohnt sich doch

Die Volksinitiative gegen die drastischen Kürzungspläne bei der Kinder- und Jugendarbeit war erfolgreich. Genau 174.858 Menschen in NRW nutzten die Möglichkeit, sich in die Listen, die in allen Rathäusern Nordrhein-Westfalens auslagen, einzutragen und damit gegen die Einsparungen zu protestieren. Nun müssen die Kürzungen, die die Landesregierung von NRW 2004 im Kinder- und Jugendbereich durchziehen wollte, überprüft werden.

Herforder Eltern und SchülerInnen haben unter anderem mit der Sammlung von 1.100 Unterschriften erreicht, dass die unsäglichen Zustände an den Herforder Schulen zu einem öffentlichen Thema wurden. Keine zwei Wochen vor Abgabe der Unterschriften war es dem Bürgermeister nur ein Achselzucken wert, dass mit seiner Billigung 40.000 Euro aus dem Etat für die Gebäudeerhaltung der Schulen zweckentfremdet für ein Museumsprojekt aufgewendet wurden.

Diese Beispiele sollten "Schule" machen.

## Wir über uns

Wir sind eine unabhängige Gruppe aus dem Kreis Herford, die es nicht hinnehmen will, wie tagtäglich die Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten verschlechtert werden, wie SchulabgängerInnen keinen Ausbildungsplatz bekommen, wie Kranke immer mehr für ihre Behandlung bezahlen müssen, wie Renten abgesenkt werden, wie Erwerbslose immer rechtloser werden, wie Pflegebedürftige zum Spielball der Politik werden ...

Wir wollen uns nicht länger das Geschwätz von den angeblich so armen und selbstlosen Unternehmern und den „verwöhnten“ ArbeiterInnen, Angestellten, RentnerInnen und Arbeitslosen anhören.

Wir finden es unerträglich, dass sich, anders als in anderen europäischen Ländern, kaum Widerstand gegen den Sozialabbau und den Zynismus der Reichen und ihrer Politiker regt.

Darum: wer eine menschenwürdige Zukunft will, muss jetzt Widerstand gegen die Pläne von Wirtschaft und Politik leisten. Allen muss klar sein: was uns jetzt an sozialen Errungenschaften abgeknöpft wird, ist unwiederbringlich verloren.

Also protestiert gegen alle Formen des Sozialabbaus - werdet aktiv.

Wir freuen uns über jedeN, der/die uns bei unseren Aktivitäten unterstützt.

Kontakt: **genug ist genug**, Tel.: 05221-389746, email: kontakt@genugistgenug.net,  
<http://www.genugistgenug.net>, Vi.S.d.P.: K. Gehrke

Gegen  
 miese Arbeitsbedingungen  
 und

Dumpinglöhne:

## “Die Goldene Nase Herford”

Es gibt viele Menschen, die bei ihrer Arbeit schlecht verdienen und schlecht behandelt werden. Aus diesem Grunde werden wir im Juni dieses Jahres erstmals den Preis “Goldene Nase Herford” an ein Unternehmen im Kreis Herford vergeben.

Kandidaten für diesen Preis sind alle Unternehmen, Firmen, Geschäfte usw., die die Würde der arbeitenden Menschen missachten und/oder sie mit Niedriglöhnen abspeisen. Kurz alle, die dadurch reich werden, dass sie die Menschen, die bei ihnen arbeiten, schlecht behandeln.

Damit wollen wir auf die Situation der Leute in den Betrieben aufmerksam machen und den Beschäftigten das Rückgrat stärken, damit sie sich zu wehren beginnen.

Um an die nötigen Informationen zu kommen, brauchen wir Ihre/Eure Hilfe

Meldet uns (mit Begründung) Betriebe, die als "würdige" Preisträger in Frage kommen.

Meldungen werden, auch anonym, auf unserer Homepage und über das Kontakttelefon entgegen genommen.



Wichtigst - MEHR HUMOR IM UNTERRICHT !!

